

Beziehungsweise – Geschlechternormen und Sorgearbeit

Kinder, Küche, Politik?¹

Vereinbarkeitsfragen in der autoritären und extremen Rechten

Juliane Lang & Marie Reusch

Ob in High Heels oder Dirndl, Springerstiefeln oder Hosenanzug: Frauen waren zu allen Zeiten aktiver Teil der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland. Und dennoch haben sie wohl selten so prominent deren Bild nach außen geprägt, wie es aktuell der Fall ist. Ob als Politikerinnen oder Bloggerinnen, Autorinnen oder Rednerinnen bei Aufmärschen: Frauen treten als Protagonistinnen der autoritären und extremen Rechten auf und nehmen Möglichkeiten für sich in Anspruch, die sich mit der Pluralisierung weiblicher Lebensweisen in den vergangenen Jahrzehnten geöffnet haben. Dazu gehört die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und politischem Engagement. Die Protagonistinnen sind hierbei gefordert, den Widerspruch zwischen pluraler gewordenen weiblichen Lebensweisen und dichotomen, essentialistischen Geschlechter- und Familienpolitiken auszugleichen (die, nota bene, nicht nur in der autoritären und extremen Rechten zu finden sind). Sie betreiben damit gleichzeitig rechte Geschlechterpolitik.

Denn: Zu der gesellschaftlichen Debatte rund um das Thema Vereinbarkeit muss sich auch die (extreme und autoritäre) Rechte verhalten, der einerseits – durch die Präsenz der AfD in zwischenzeitlich sämtlichen deutschen Landtagen und im Bundestag – eine neue formale Bedeutung in der politischen Landschaft zukommt, und die andererseits darum bemüht ist, sich ein moderneres, auch ›weiblicheres‹ Gesicht zu geben.

Vor dem Hintergrund einer im Wandel begriffenen autoritären und extremen Rechten sowie dem Wandel von Vereinbarkeitspolitiken und -diskursen in den vergangenen zwei Jahrzehnten stellt sich uns die Frage: In welcher Weise greifen rechte Frauen Fragen rund um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf? Was wird ihnen zum Pro-

¹ Die hier formulierten Thesen und Befunde entstammen in großen Teilen der gemeinsamen Arbeit der Autorinnen mit Sophie Schmitt im Projekt »Weiblichkeitskonstruktionen und Vorstellungen von Mutterschaft bei Protagonistinnen der völkisch-nationalistischen Rechten – Perspektiven für eine geschlechtersensible politische Bildung« am Institut für Politikwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen, gefördert durch das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst. In einer qualitativen Inhaltsanalyse von Reden, Interviews und Textbeiträgen autoritär und extrem rechter Protagonistinnen untersuchen wir, wie jene die Themen Weiblichkeit und Mutterschaft diskursiv verhandeln und in ihren Auftritten inszenieren. Dem Projekt entstammt auch das empirische Material für den vorliegenden Artikel.

blem und welche Lösungen bieten sie an? Mit anderen Worten: Welche Politiken der Reproduktion betreiben sie mittels der Thematisierung von Vereinbarkeit?

Um diese Fragen zu beantworten, werden wir eingangs auf die Entwicklungen hin zum sog. *Adult Worker Model* eingehen, die das Thema Vereinbarkeit vor neue Vorzeichen gestellt haben. Wir beschreiben im Anschluss daran Entwicklungen, die sich insbesondere in Bezug auf das Phänomen von Frauen in der autoritären und extremen Rechten beobachten lassen, und entwickeln hieraus unsere Fragestellung. Sodann zeigen wir am Beispiel von drei sog. Thematisierungsweisen auf, in welcher Weise Protagonistinnen der autoritären und extremen Rechten auf das Thema Vereinbarkeit Bezug nehmen. In zwei abschließenden Kapiteln diskutieren wir, was dies für die feministische Analyse und Kritik des *Adult Worker Models* bedeutet.

Vereinbarkeit im *Adult Worker Model*

Die Arbeitsmarkt-, Sozial- und Familienpolitik in Deutschland folgt seit ca. zwanzig Jahren dem Leitbild des sog. *Adult Worker Model* – einem wohlfahrtsstaatlichen Modell, das auf der Integration aller Erwachsenen in die Erwerbsarbeit basiert (vgl. Lewis 2004). Die Hinwendung zu diesem Modell als Leitbild deutscher Politik impliziert eine Abkehr vom vorher gültigen *Ermährermodell*, das männliche Erwerbstätigkeit als Norm vorsah und in welchem Frauen über ihren Status als Ehefrauen sozialstaatlich abgesichert waren. Im Zuge der allgemeinen Ökonomisierung der Sozialpolitik (Evers/Heinze 2008) wurde nun auch die soziale Absicherung von Frauen entfamilialisiert, individualisiert und weitgehend kommodifiziert.

Maßgebliche Charakteristik der ökonomischen Funktionalisierung von Familien-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist die arbeitsmarktliche Aktivierung von Müttern. Vereinbarkeit von Familienarbeit und Berufstätigkeit wurde mit diesem Politikwechsel nicht nur verschärft zur lebensweltlichen Herausforderung für einzelne Frauen und ihre Familien, sondern auf neue Art auch zum umkämpften Topos in einer Debatte um gesellschaftliche Werte. Vereinbarkeitspolitiken und -diskurse können als regulative und normative Politiken der Reproduktion verstanden werden: Einerseits rahmen sie regulativ die Bedingungen, unter denen Elternschaft mit anderen Tätigkeitsfeldern in Einklang gebracht werden kann. Andererseits wirken sie normativ dabei mit, eine spezifische gesellschaftliche Lesart von Elternschaft hervorzubringen. Vereinbarkeit ist damit nicht nur eine Frage des individuellen zeitlichen und finanziellen Managements, sondern ein normativ hoch aufgeladener Topos, der auf die widersprüchlichen Logiken der Vergesellschaftung von Frauen hinweist (vgl. Becker-Schmidt et al. 1984; Hays 1998): Während im Zuge der Reformen hin zum *Adult Worker Model* einerseits Erwerbsarbeit zum Kernelement in der Deutung gesellschaftlicher Teilhabe wurde (Brettschneider 2007), ist die gesellschaftliche Subjektivierung von Frauen immer noch an Mutterschaft und Mütterlichkeit geknüpft (Correll 2009). Von Frauen und Müttern wird erwartet, beiden Forderungen gerecht zu werden. Hinter der Chiffre *Vereinbarkeit* stecken also divergente und teils widersprüchliche gesellschaftspolitische Erwartungen an Frauen und Mütter. Kritik daran wird nicht nur aus feministischer Perspektive formuliert, son-

dern auch (extrem) rechte Frauen nehmen diese Entwicklungen wahr und positionieren sich zu ihnen.

Frauen in der autoritären und extremen Rechten

Mit Gründung der Partei Alternative für Deutschland und anderer Organisationen in ihrem politischen und vorpolitischen Umfeld erfahren politisch aktive Frauen in der autoritären und extremen Rechten aktuell eine neue Sichtbarkeit.² Diese Frauen unterscheiden sich dabei in ihren Biografien und Lebensweisen: alleinerziehend mit Kindern von teilweise verschiedenen Männern, gleichgeschlechtlich lebend mit ›Regenbogenfamilie‹, traditionell an der Seite eines Mannes mit vier und mehr Kindern oder ganz und gar ›Patchwork‹.

Zugleich ist das Festhalten an einer streng heteronormativen Geschlechterordnung zentrales Mobilisierungsthema der autoritären und extremen Rechten (vgl. Sauer 2017). Ideologisch angelegt in der Volksgemeinschaftsideologie, in welcher die heterosexuelle Kleinfamilie mit Mutter, Vater und biologisch eigenen Kindern die kleinste Zelle der gedachten Gemeinschaft bildet und wo Männern und Frauen qua fürsorgender Weiblichkeit und kriegerischer Männlichkeit ihre Rolle für die Gemeinschaft zugewiesen wird, erweisen sich Debatten um Geschlecht und Geschlechterverhältnisse aktuell mehr denn je als funktional in ihrer Scharnierfunktion zu antifeministischen Akteuren auch jenseits der extremen Rechten. Unsere Untersuchung zeigt: In rechten Hochglanzmagazinen wird einer sog. traditionellen Geschlechterordnung das Wort geredet und werden Männer und Frauen in traditionellen Geschlechterrollen porträtiert. Dabei werden die Bilder einer zeitgenössischen Rechten nicht zuletzt auch anhand der dort gezeigten Akteurinnen gezeichnet. Hierfür braucht es Frauen, die jene traditionellen Frauenbilder nicht nur fordern, sondern performieren. Die Protagonistinnen tun dies, indem sie ganz im Einklang mit rechter Geschlechterideologie ihre vehemente Ablehnung feministischer Politiken und des rechten Feindbilds *Gender* betonen.³ Sie inszenieren sich damit gleichzeitig als vermeintlich authentisches Argument gegen die der extremen

2 Analog zum Begriff des Rechtsextremismus verwenden wir hier den Begriff der *extremen Rechten* als Sammelbegriff für »verschiedenartige gesellschaftliche Erscheinungsformen, die als rechtsgerichtet, undemokatisch und inhuman gelten« (Stöss 2010: 19). Die Erweiterung um den Begriff des *Autoritären* trägt einem gesellschaftlichen wie auch innerhalb der extremen Rechten vollzogenen Wandel Rechnung. Was in den Leipziger Autoritarismusstudien als allgemeine Autoritarisierung von Politik und Gesellschaft beschrieben wird (Decker/Brähler 2020), schafft alte und neue Zustimmungen zu autoritären und extrem rechten Politiken. Zugleich charakterisiert u.a. der Soziologe Wilhelm Heitmeyer die AfD und ihr vorpolitisches Umfeld, die beide gern als »rechtspopulistisch« verklärt werden, als im Kern »autoritär«. Er verwendet mit Bezug auf das dahinterliegende Gesellschaftsbild den Begriff des »autoritären Nationalradikalismus« (Heitmeyer 2018). Nicht das Völkische, sondern ein autoritäres Politikverständnis und Gesellschaftsbild stellen damit den Kern zeitgenössischer rechter Mobilisierungen dar (vgl. Lang i.E.).

3 Während die katholische Kirche bereits seit Mitte der 90er Jahre die gleichstellungspolitische Strategie *Gender Mainstreaming* als »widernatürlich« und »Gefahr für die Menschheit« geißelte, nutzte die autoritäre und extreme Rechte seit 2006 den Begriff *Gender* für ihre Ablehnung liberaler Geschlechterdemokratien. Die Auflösung starrer Geschlechterbinaritäten wird ebenso abgelehnt

und autoritären Rechten anhaftende Frauenfeindlichkeit und für die Kritik am Feminismus.

»Ich glaube, es liegt nicht an dem Frauenbild, das wir tatsächlich haben, sondern an dem angeblichen Frauenbild, das uns angedichtet wird. Für mich wäre es auch nicht gerade attraktiv, wenn ich mir vorstellen würde, ich käme in eine politische Gruppe und dürfte da den ganzen Tag nur putzen und kochen«⁴,

formuliert eine Aktivistin der Identitären Bewegung im »Compact-Magazin« und erklärt sich zu einer der wenigen, aber dafür ideologisch umso gefestigteren Frauen innerhalb der eigenen Gruppierung. Sie ergänzt, so der Beitrag weiter, »dass sie sich noch nie gleichberechtigter gefühlt habe als unter den Identitären«.⁵

Die Sichtbarmachung von Frauen als Akteurinnen mit durchaus unterschiedlichen Lebensweisen und -entwürfen und das Festhalten an traditionellen Geschlechterrollen verläuft zeitlich parallel und nicht ohne Widersprüche. Es zeugt von dem Versuch rechter Gruppierungen, Antworten zu geben auf die Problem- und Lebenslagen von (nicht nur) heranwachsenden Frauen und Männern.

Unsere Forschungsfrage ist nicht neu. Eine Studie aus den späten 1990er Jahren untersuchte bereits, inwieweit die »politischen Orientierungen von Frauen in Zusammenhang stehen mit ihren spezifischen Erfahrungs- und Konfliktkonstellationen in ihrer alltäglichen Lebenssituation und deren subjektiver Verarbeitung« (Siller 1997: 9f.). Die Studie konnte

»Zusammenhänge ausmachen zwischen ihren [gemeint sind rechtsaffine junge Frauen, Anm. JL/MR] politischen Orientierungen und der Art und Weise, wie sie die Gestaltungsmöglichkeiten zwischen traditionellem und selbstbestimmtem Leben im Kontext der eigenen Gestaltungswünsche interpretieren und welche Handlungsorientierungen sie daraus entwickeln« (ebd.: 244).

Und doch ist die Frage nach den skizzierten Zusammenhängen neu zu stellen – schließlich setzen die Reformen in der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Familienpolitik, die oben skizziert wurden, die alltäglichen Lebenssituationen von Frauen seit ca. zwanzig Jahren vor weitgehend neue Vorzeichen. Nicht zuletzt befindet sich die autoritäre und extreme Rechte selbst im Wandel, den es zu beobachten und in einen Bezug zum gesellschaftlichen Wandel (nicht nur der Geschlechterverhältnisse) zu setzen gilt.

Bezugnahmen rechter Frauen auf Fragen der Vereinbarkeit

Um zu untersuchen, wie rechte Frauen Vereinbarkeitsfragen thematisieren, werten wir Debattenbeiträge von Funktionsträgerinnen und Protagonistinnen der autoritären und extremen Rechten aus. Der Untersuchungszeitraum umfasst die Jahre 2013 bis 2018.

wie die Vorstellung der Gewordenheit von Geschlecht (ausführlich zur rechten Kritik an Gleichstellungspolitik und Gender Mainstreaming: Lang 2015).

4 [Compact-Magazin 2018].

5 Ebd.

Er umfasst damit insbesondere die Gründung der Partei Alternative für Deutschland im Februar 2013 als auch den Einzug der Partei in das Europaparlament im Frühjahr 2014, in zahlreiche Länderparlamente und den Deutschen Bundestag im Herbst 2017. Nicht alle der Frauen, die in den von uns untersuchten Beiträgen zu Wort kommen, gehören oder gehörten der Partei an, aber alle bewegen sich in deren diskursivem und vorpolitischem Umfeld. Im Korpus befinden sich neben Bundestagsreden von Parlamentarierinnen der Partei auch Interviews und Autorinnenbeiträge aus vier Zeitungen und Magazinen der autoritären und extremen Rechten sowie Blogbeiträge einzelner Protagonistinnen.⁶ Die Auswertung wurde mittels der qualitativen Inhaltsanalyse (Kuckartz 2018) vorgenommen.

Ein zentraler Befund unserer Untersuchung ist: Fragen rund um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die jeweils widersprüchlichen Logiken beider Bereiche stehen nicht im Zentrum der Performances der von uns untersuchten Protagonistinnen. Keine berichtet von eigenen negativen Erfahrungen mit der Gleichzeitigkeit von Familie und Beruf, keine benennt die Vereinbarkeit der beiden Bereiche als ein (strukturelles) Problem und als eine Herausforderung im Leben von Frauen (und Männern). Vielmehr wird ein explizit unter dem Schlagwort der Vereinbarkeit stehender Diskurs von allen Frauen im Sample abgelehnt und mitunter lächerlich gemacht. Deutlich wird das etwa in der ironischen Art und Weise, mit der eine der Protagonistinnen sich von Versuchen abgrenzt, den Herausforderungen der Vereinbarkeit positiv zu begegnen und der reduzierten Quantität der mit den Kindern verbrachten Zeit einen Zuwachs an deren Qualität entgegenzusetzen: »Quality Time«, schreibt diese Mutter und Autorin, sei »das pädagogische Stichwort und das Leckerli für Eltern, die ihr ›Betreuungsproblem‹ zufriedenstellend gelöst haben, die aber gelegentlich ein schlechtes Gewissen plagt darüber, daß die Erziehung weitgehend delegiert ist.«⁷

Auch Entwürfe gleichberechtigter Lebens- und Beziehungsweisen erfahren den Spott der Protagonistinnen und gelten als Ausdruck einer feministischen Agenda, die Männer und Frauen ihrer ›natürlichen Rolle‹ entfremde (vgl. Lang 2015). Ein Beispiel ist folgendes Zitat, in dem die Autorin sich abschätzig über die familiäre Arbeitsteilung eines Paars auslässt, in der sich der Vater (M.) um das Baby kümmert und die Mutter (C.) erwerbsarbeiten geht:

»Ein ganzes Jahr lässt er seine Arbeit ruhen, damit C. Fuß fassen kann in der Kanzlei. Sauwohl fühlen sich die beiden. Ja, sie genieße es in vollen Zügen, sich mal in die Arbeit

6 Es handelt sich hierbei um die Wochenzeitung »Junge Freiheit«, das Zeitschriftenprojekt »Sezession«, das »Compact-Magazin« sowie das »Arcadi-Magazin«. Die »Junge Freiheit« gilt als das Vorzeigeprojekt der Neuen Rechten und erscheint seit über 30 Jahren mit einer heutigen Auflage von über 30.000 Exemplaren. Die »Sezession« ist eine Zeitschrift des neurechten Instituts für Staatspolitik. Der Herausgeberkreis rund um das Ehepaar Götz Kubitschek und Ellen Kositzka haben sich »mit dem Aufkommen der rechten Mobilisierungen selbst als Bewegungsunternehmer etabliert, die ihre Rolle darin sehen, diesen ein geistiges Fundament zu geben« (Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin 2018: 5). Das »Compact-Magazin für Souveränität« erscheint seit 2010 und »versteht sich als Bewegungsblatt« (ebd.: 3). Das »Arcadi-Magazin« war ein bis zuletzt im Umfeld der Identitären Bewegung herausgegebenes Magazin für eine jugendliche Zielgruppe.

7 »Junge Freiheit 2013b» [Schreibweise im Original].

stürzen zu können, lacht C. die anwesenden (weiblichen) Bedenkenträger aus, während M. im Nebenraum das Kind hinlegt und das Babyphon installiert.«⁸

Nichtsdestotrotz thematisieren die Protagonistinnen der extremen und autoritären Rechten Fragen rund um Vereinbarkeit durchaus unterschiedlich. Wir wollen dies im Folgenden exemplarisch skizzieren. Es handelt sich dabei nicht um eine Typenbildung, sondern um die Differenzierung verschiedener Thematisierungsweisen. Damit gemeint sind verschiedene Arten, das Thema Vereinbarkeit zu verhandeln, es diskursiv zu besetzen und mitunter zu benutzen. Diese können sich in den einzelnen Protagonistinnen durchaus überlagern. Wir unterscheiden a) die Verzeitigung von Vereinbarkeitsfragen in der eigenen Biografie bei gleichzeitiger Verteidigung einer heteronormativen Ordnung, b) die De-Thematisierung und Individualisierung von Vereinbarkeitsfragen und c) die Ablehnung von Vereinbarkeit als Chiffre.

Verzeitigung von Vereinbarkeit

Insbesondere in den Biografien der jugendlichen Protagonistinnen im Arcadi-Magazin spielen Vereinbarkeitsfragen von Kindererziehung und Lohnarbeit (noch) keine Rolle. Das Thema Vereinbarkeit kommt hier vielmehr hinsichtlich der Vereinbarkeit von politischem Aktivismus mit Ausbildung und Beruf zur Sprache: Viele der Protagonistinnen sprechen in Interviews über die Versprechungen eines Lohnerwerbs als Vollzeit-Aktivistin oder Politikerin einer rechten Partei.

Und dennoch präsentieren sich alle von ihnen als zukünftige Mütter, keine distanziert sich von einer den Frauen zugesagten Rolle als Ehefrau und Mutter (vgl. auch Haas 2020). Eine Aktivistin der Identitären Bewegung, Mitte 20, bringt die Bedeutung der Mutterschaft für ihren Lebensentwurf auf den Punkt: »In zehn Jahren sehe ich mich verheiratet und mit einer Familie. Das ist mein ultimatives Ziel.«⁹ Vereinbarkeitsfragen werden somit verzeitigt und in ein klassisches sequentielles Modell eingefügt, in dem Ausbildung und Beruf zwar erstrebenswert sind, zugunsten einer Familiengründung aber über lange Phasen im Leben zurückgestellt werden. Der politische Aktivismus wird in das Drei-Phasen-Modell integriert: »Momentan ist der politische Aktivismus mein Vollzeitberuf«, so dieselbe Aktivistin. Die Botschaft, die damit an junge Frauen gesendet wird, ist nicht frei von Widersprüchen: Junge Frauen sollen politisch aktiv sein und trotzdem Mütter werden.

Sie sollen sich vor allem nicht abschrecken lassen von einem Diskurs um Vereinbarkeit, der die damit einhergehenden strukturellen Probleme adressiert. In einem Bericht einer jungen Mutter wird deutlich, wie Vereinbarkeit als den Frauen eigentlich fremde, gesellschaftlich oktroyierte Erwartungshaltung konstruiert wird:

»Trotz des finanziellen Drucks und der gesellschaftlichen Zwänge hörten wir auf unseren Instinkt. Mein Mann ging arbeiten und verdiente unseren Lebensunterhalt während ich zu Hause bei unserem Sohn blieb. Und ich genoss diese Zeit.«¹⁰

8 [Junge Freiheit 2013a] [Schreibweise im Original].

9 [Arcadi-Magazin 2017].

10 [Blog des Arcadi-Magazins 2017] [Schreibweise im Original].

Die hier vorgenommene Naturalisierung von vergeschlechtlichter Rollenteilung steht ideologisch im Einklang mit einer pronatalistischen Politik der extremen und autoritären Rechten (vgl. Botsch/Kopke 2018) – und wird von den jugendlichen Aktivistinnen hier vermeintlich authentisch mit Bezug auf die eigene Biografie und den eigenen Aktivismus formuliert.

Die Verzeitigung von Fragen rund um Vereinbarkeit auf einen späteren Zeitpunkt im eigenen Leben geht einher mit einer aggressiven Verteidigung einer geschlechterhierarchischen, heteronormativen Ordnung. Diese äußert sich einerseits in den Appellen der Protagonistinnen an »die Männerwelt«:

»Habt (...) Mut zur Männlichkeit! Ihr müßt keine verweichlichten Bubis werden, sondern richtige Männer! Werdet wehrhaft, damit Ihr Frau und Kinder beschützen könnt. Erhebt Euch, stolzen Hauptes, für Eure Familie, Euer Vaterland und Eure Heimat!«¹¹,

heißt es in einem Interview mit dem Arcadi-Magazin. Zur Verteidigung der heteronormativen Ordnung gehört andererseits die Propagierung eines Frauenbildes, dessen Kern die Mutterschaft bildet. Dies zeigt sich nicht nur in den Weisen, mit denen die Protagonistinnen sich als zukünftige Mütter imaginieren, sondern auch in der Romantisierung von Mutterschaft: »Ich gehöre zu den Frauen, die es lieben, Mutter zu sein und die sich gern um Haus und Hof kümmern«¹², formuliert es eine rechte Politikerin auf dem Blog des Arcadi-Magazins. Sie löst die Widersprüche und strukturellen Probleme der Vereinbarkeit (vermeintlich) auf, indem sie diese ausblendet – und sich gemäß dem rechten Ideal »aus freien Stücken« gegen den Beruf und für die Betreuung der Kinder entscheidet.

Der eigene Aktivismus der Protagonistinnen steht damit nicht im Widerspruch zur geschlechterpolitischen Agenda der extremen und autoritären Rechten. Im Gegenteil: Die Protagonistinnen beteiligen sich selbst an einem *doing gender* von rechts, das Männer in der Rolle der Soldaten und Frauen in der Rolle gebärender Mütter kennt (vgl. Lehnert 2010). Das schließt den politischen Aktivismus von Frauen nicht aus, sondernbettet ihn in neuer Weise ideologisch ein.

De-Thematisierung und Individualisierung von Vereinbarkeit

Eine weitere Art, das Thema Vereinbarkeit diskursiv zu besetzen, besteht in aktiver De-Thematisierung. Wir finden dies zumeist bei Protagonistinnen, die Care-Verpflichtungen nachgehen und trotzdem – als Partei- oder andere Funktionsträgerinnen – ihren Lebensunterhalt aus dem politischen Aktivismus beziehen. Sie inszenieren sich als Macherinnen: Vereinbarkeit ist für sie – zumindest ihrer Inszenierung folgend – schlicht und einfach kein Problem. Auf einer lebensweltlichen Ebene wird Vereinbarkeit nicht thematisiert. Die Gleichzeitigkeit von Beruf, Familie und politischem Aktivismus wird nicht als strukturelle Herausforderung, sondern als individuelle Machbarkeitsfrage dargestellt. Die vielen Rollen, die sie dabei gleichzeitig ausfüllen, dienen nicht als Ausgangspunkt für die Thematisierung von struktureller

11 [Arcadi-Magazin 2018] [Schreibweise im Original].

12 [Blog des Arcadi-Magazins 2017] [Schreibweise im Original].

Überforderung, sondern werden so inszeniert, dass sie Authentizität und Stärke signalisieren. Strukturelle Bedingungen von wirtschaftlichem Erfolg oder auch von (weiblicher) Selbstbestimmung werden aktiv de-thematisiert. Beides wird als Leistung dargestellt, die in erster Linie vom individuellen Einsatz abhängt, wie dieses Zitat einer Politikerin zeigt, die zum Zeitpunkt des Interviews in führender Partefunktion aktiv war und sich einer potentiellen Anhängerschaft gegenüber folgendermaßen präsentiert:

»Neben einer Familie mit vier Kindern habe ich ein Unternehmen gegründet, investiert, Menschen Arbeit gegeben und jahrelang meine Kredite bedient und dafür selbst zeitweise auf Gehalt verzichtet – so wie viele Mittelständler. Als Gründerin habe ich zudem persönlich für Firmenkredite gehaftet. In der Insolvenz habe ich dafür privat die Verantwortung übernommen und mich immer an Recht und Gesetz gehalten.«¹³

Authentizität erhält die Selbstinszenierung als Macherin durch die häufig betonte eigene Verortung im Mittelstand und durch die Bezeugung, mit den Lebensbedingungen der Unter- und Mittelschichten vertraut zu sein. Dabei wird insbesondere das mittelständische Unternehmertum als Idealbild sozialer Marktwirtschaft charakterisiert, das sich durch soziale Handlungsweisen, Ehrlichkeit und Eigenverantwortlichkeit auszeichnet.

Im rechten Diskursraum wird die Erfüllung von Anforderungen normativer Weiblichkeit durch diese Protagonistinnen dazu genutzt, sie von anderen Politikerinnen abzugrenzen, die diese vermeintlich nicht erfüllen. In der Regel richtet sich das gegen Frauen, die politisch links und/oder grün verortet werden, aber hier auch gegen Angela Merkel: »Im Unterschied zu ›Mitti‹ hat [eine Protagonistin der autoritären und extremen Rechten, Anm. JL/MR] wirklich Kinder, und zwar gleich vier an der Zahl.«¹⁴ Statt einer Thematisierung von Vereinbarung als strukturelle Herausforderung wird die Gleichzeitigkeit verschiedener Rollen als auf individueller Leistung basierende Selbstverständlichkeit dargestellt. Dies ermöglicht, die rechte Norm der Mutterschaft als Anforderung an Frauen einerseits zu aktualisieren und andererseits zu modernisieren, ohne den Kern dieser Norm – die Mutterschaft der Frauen – zur Disposition stellen zu müssen.

Vereinbarkeit als Ausdruck falscher Prämissezensetzung

Neben der Verzeitigung von Vereinbarkeitsfragen sowie der De-Thematierung und Individualisierung dieser begegnet uns im Material auch eine explizite Thematisierung von Vereinbarkeit. Diese wird dabei nicht hinsichtlich ihrer lebensweltlichen Dimensionen artikuliert, sondern als Ausgangspunkt für eine umfassende Systemkritik genutzt. Die politische Regulierung von Vereinbarkeit und der damit verbundene Diskurs werden dabei als Teil eines Regierungshandelns ›derer da oben‹ begriffen und abgelehnt – samt der damit verbundenen gesellschaftlichen Werte. Es wird suggeriert, dass Frauen

13 [Junge Freiheit 2014].

14 [Compact-Magazin 2018].

in eine Situation gezwungen werden, in der sie nicht sein wollen – und zwar gleichermaßen durch Politik, Markt, öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs.

»So werden Mütter von Genderideologen und Wirtschaftsverbänden in die Erwerbsarbeit gepresst, ob sie es wollen – dann mag es so sein – oder auch nicht; dann ist es nicht gut. Die meisten Mütter sind nämlich nicht Aufsichtsräte in DAX-Vorständen, sondern verwirklichen sich selbst an der Kasse von Aldi. Wir haben stagnierende Reallöhne, wir haben steigende Steuern und Abgaben, wir haben explodierende Lebenshaltungskosten, und wir haben die Verarmung der Mittelschicht, und Sie verkaufen uns das als gesellschaftlichen Fortschritt. So dreist muss man erst mal sein. Was in Wahrheit staatliche Ausbeutung ist, das nennen Sie Emanzipation«¹⁵,

so formuliert es eine AfD-Funktionärin in ihrer Rede im Deutschen Bundestag gegenüber den Regierungsparteien CDU und SPD.

Die Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen, die die Protagonistinnen als frauen- und mütterfeindlich anklagen, und ihr Vorwurf an die Bundesregierung, Frauen in die Erwerbstätigkeit zu zwingen, wird von einigen Protagonistinnen mit einem Anruf essentialisierender Rollenbilder verbunden. Die Logik des Marktes, der sich Frauen (wie Männer) in ihrer Berufstätigkeit unterwerfen müssten, führt zu einem Verlust der ursprünglichen ›weiblichen Hingabe‹ als Ausdruck und Beweis weiblicher Fürsorge und von Weiblichkeit schlechthin:

»Was auf (weibliches) Selbstbewußtsein, Überlegt- und Überlegenheit hinweisen könnte, darf genausogut als simpler, roher Marktmechanismus gedeutet werden. Die Frage ist nicht mehr: ›wer verdient meine Hingabe?‹, sondern: ›was springt für mich dabei heraus?‹«¹⁶

Die konträren Logiken von produktiver und reproduktiver Sphäre – hier Fürsorge, dort Konkurrenz; hier Zeit, die gemeinsam mit der Familie verbracht wird, dort ständiger Zeit- und Produktivitätsdruck – werden als Beweis angeführt, dass sich berufstätige Frauen der angeblich ureigenen Weiblichkeit entfremdeten und den Prinzipien neoliberal-kapitalistischer Märkte anbiederten.

Varianten ideologischer Selbstvergewisserung

Ob Verzeitigung von Vereinbarkeit, die Inszenierung als Macherin oder die Ablehnung des Vereinbarkeitsdiskurses als falsche Prämissensetzung – die Protagonistinnen der extremen und autoritären Rechten reagieren mit ihren spezifischen Thematisierungsweisen von Vereinbarkeit auf die widersprüchliche Vergesellschaftung von Frauen im 21. Jahrhundert. Sie antworten auf die gesellschaftspolitische Anrufung an Frauen, Mütter zu werden; auf ihre gleichzeitige sozial-, familien- und arbeitsmarktpolitische Konzeption als eigenverantwortliche Teilnehmerin am Arbeitsmarkt; und nicht zuletzt auf ein Selbstverständnis von Frauen als politische Subjekte, was als maßgebliche

15 [Bundestag 2018].

16 [Sezession 2013] [Schreibweise im Original].

emanzipatorische Errungenschaft der Frauenbewegungen gelten kann. Das eingangs skizzierte *Adult Worker Model* institutionalisiert diese widersprüchliche Vergesellschaftung auf neue Art und Weise; es verflüssigt und pluralisiert geschlechtsspezifische Rollenerwartungen, wie es sie gleichermaßen (re-)traditionalisiert.

Die Verwerfungen, die damit einhergehen, bieten den Protagonistinnen der extremen und autoritären Rechten Anknüpfungspunkte, gleichermaßen in den gesellschaftlichen Diskurs zu intervenieren wie ideologische Selbstvergewisserung zu betreiben. Mit den verschiedenen Thematisierungsweisen von Vereinbarkeit legitimieren sie ihre individuellen Lebensentwürfe und verhelfen der extremen und autoritären Rechten damit zu einem modernen Anstrich, ohne die heteronormative, geschlechtshierarchische Ordnung zu hinterfragen. Dabei homogenisieren sie die Lebenslagen, Bedürfnisse und Interessen von Frauen, neutralisieren Differenzen zwischen Frauen, etwa bezogen auf ihre sozio-ökonomische Positionierung, Herkunft, Sexualität etc., und reduzieren Frauen weitgehend auf Mutterschaft.

Die unterschiedlichen Weisen, in denen sich ihre Protagonistinnen zum Thema Vereinbarkeit verhalten, geben Aufschluss über den Stand der extremen und autoritären Rechten in den ersten Jahren nach der Gründung der Partei Alternative für Deutschland und anderer Gruppierungen in ihrem politischen und vorpolitischen Umfeld: Die Protagonistinnen legitimieren ihre eigenen – teils gar nicht traditionell weiblichen – Lebenswege und bleiben attraktiv für (junge) Frauen (und Männer), die (noch) nicht ans Kinderkriegen denken, ohne die traditionelle Familie als ideologischen Kern der Volksgemeinschaft (Lehnert 2010) aufgeben zu müssen. Auch wenn die einzelnen Protagonistinnen sich unterschiedlich stark als Frauen in Szene setzen und damit Weiblichkeit mehr oder auch weniger stark als Ressource nutzen, erfüllen sie eine wichtige Funktion für die Gesamtstruktur: Die Frauen der autoritären und extremen Rechten geben sich nach außen als Ausdruck der Modernität der Bewegung(en).

Wider falsche Simplifizierungen

Mit ihren simplifizierenden Auflösungen der widersprüchlichen gesellschaftlichen Erwartungen an Frauen und Mütter bietet die autoritäre und extreme Rechte Scheinlösungen für diejenigen Aspekte des *Adult Worker Model* an, die tatsächlich und in hohem Maße kritikwürdig sind. Einer dieser Kritikpunkte betrifft seine »Fürsorgevergessenheit« (Lewis 2004), die sich durch »Vorrang der Erwerbsarbeit bzw. die Nachrangigkeit der Sorgeverpflichtungen gegenüber Kindern und Pflegebedürftigen« (Leitner 2017: 59) auszeichnet. Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist im *Adult Worker Model* kein politisches Versprechen, sondern vielmehr eine Erwartung, für deren Realisierung jede Person selbst verantwortlich ist. In durchaus widersprüchlicher Weise wird dies einerseits von rechten Protagonistinnen kritisiert – und zugleich selbst vertreten, etwa wenn sie jedwede strukturelle Benachteiligung von Frauen und Müttern negieren und sich als lebender Beweis politisch erfolgreicher Frauen inszenieren.

Ein weiterer Kritikpunkt am *Adult Worker Model* betrifft das Zusammenspiel steuer- und arbeitsmarktpolitischer Regulierungen, die dazu führen, dass Frauen (und insb. Mütter) übermäßig in den Sonderbereichen des Arbeitsmarkts zu finden sind, die sich

in besonderem Maße durch die negativen Begleiterscheinungen der neoliberalisierten Arbeitswelt auszeichnen (Flexibilisierung, Deregulierung, Prekarisierung). Die autoritäre und extreme Rechte greift diese Ungleichzeitigkeit auf und verdichtet sie im Bild der Kassiererin bei Aldi.

Die im Beitrag zitierten Protagonistinnen benennen also durchaus kritikwürdige Momente der an »neoliberalen Rationalitäten« (Brown 2019) orientierten gesellschaftlichen Normalität im 21. Jahrhundert. Die autoritäre und extreme Rechte bietet jedoch jenseits der Re-Traditionalisierung gelebter Geschlechterverhältnisse keine Lösungen und individualisiert die Problematik damit. Dadurch geraten Ankerpunkte für kollektive Entwürfe eines solidarischen Zusammenlebens aus dem Blick, die Raum für die vielfältigen Lebensweisen von Frauen mit und ohne Kinder eröffnen, sie in ihren Entscheidungen unterstützen und das Muttersein als eine mögliche emanzipatorische Praxis erdenken und erkämpfen (vgl. Reusch 2018).

Feministische Kritik dagegen setzt der Erwartung an Frauen, Familie und Beruf wie von selbst zu vereinbaren, gesellschaftspolitische Forderungen entgegen. Sie fordert u.a., sich als Gesellschaft auf die Suche danach zu begeben, wie Familie, Beruf, politischer Aktivismus und alles, was sonst noch zum Leben gehört, für die Einzelnen zufriedenstellend vereinbart werden kann, ohne auf Kosten anderer oder der Allgemeinheit zu gehen.

Quellen

- [Arcadi-Magazin 2017] Noe, Yannick (2017): »Brittany Pettibone im Interview«, in: Arcadi 01/2017, S. 8-10.
- [Arcadi-Magazin 2018] N.N.: »Kathrin Filser vorgestellt«, in: Arcadi 02/2018, S. 15.
- [Blog des Arcadi-Magazins 2017] Boumann-Quast, Daniela (2017): »Warum ich heutzutage gerne Mutter bin«, veröffentlicht am 21.03.2017 auf dem Blog des Arcadi-Magazins (nicht mehr verfügbar).
- [Bundestag 2018] »Rede von Beatrix von Storch (MdB) im Deutschen Bundestag, 03.07.2018«, in: Protokoll der 44. Sitzung der 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, S. 4617-4618.
- [Compact-Magazin 2016] Elsässer, Jürgen (2016): »Die bessere Kanzlerin«, in: Compact-Magazin 03/2016, S. 11-12.
- [Compact-Magazin 2018] Pföhringer, Daniel (2018): »Haus des Anstoßes«, in: Compact-Magazin, 03/2018, S. 41-44.
- [Junge Freiheit 2013a] Kositzka, Ellen (2013): »Moderne Helden«, in: Junge Freiheit 08/2013, S. 24.
- [Junge Freiheit 2013b] Kositzka, Ellen: »Spielt eure Kinder intelligent!«, in: Junge Freiheit 17/2013, S. 24.
- [Junge Freiheit 2014] Schwarz, Moritz im Gespräch mit Frauke Petry: »Wir wollen zweistellig werden!«, in: Junge Freiheit 35/2014, S. 3.
- [Sezession 2013] Kositzka, Ellen: »Körper-Macht-Spiele«, in: Sezession 57/2013, S. 32-33.

Literatur

- Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (2018): »Rechte Printmedien und die AfD«, verfügbar unter: https://www.apabiz.de/wp-content/uploads/magazine_1_web.pdf (letzter Zugriff: 01.11.2021).
- Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli/Schmidt, Beate (1984): Eines ist zuwenig – beides ist zuviel. Erfahrungen von Arbeiterfrauen zwischen Familie und Fabrik, Bonn: Verlag Neue Gesellschaft.
- Botsch, Gideon/Kopke, Christoph (2018): »Der ›Volkstod‹. Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia«, in: Juliane Lang/Ulrich Peters (Hg.), Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt, Hamburg: Marta Press, S. 63-90.
- Brettschneider, Antonio (2007): »Jenseits von Leistung und Bedarf. Zur Systematisierung sozialpolitischer Gerechtigkeitsdiskurse«, in: Zeitschrift für Sozialreform 53 (4), S. 365-389.
- Brown, Wendy (2019): »Das Monster des Neoliberalismus. Autoritäre Freiheit in den ›Demokratien‹ des 21. Jahrhunderts«, in: Ulf Bohmann/Paul Sörensen (Hg.), Kritische Theorie der Politik, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 539-576.
- Correll, Lena (2009): »Es ruft nichts nach mir. Frauen ohne Kinder und der gesellschaftspolitische Ruf nach Elternschaft«, in: Paula-Irene Villa/Barbara Thiessen (Hg.), Mütter – Väter: Diskurse, Medien, Praxen, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 259-274.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.) (2020): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020, Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Evers, Adalbert/Heinze, Rolf G. (2008): Sozialpolitik. Ökonomisierung und Entgrenzung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Haas, Julia (2020): ›Anständige Mädchen‹ und ›selbstbewusste Rebellinnen‹. Aktuelle Selbstbilder identitärer Frauen, Hamburg: Marta Press.
- Hays, Sharon (1998): Die Identität der Mütter. Zwischen Selbstlosigkeit und Eigennutz, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuchungen, Berlin: Suhrkamp.
- Kuckartz, Udo (2018): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Lang, Juliane (i.E.): »Frauen in der autoritären und extremen Rechten«, in: Julian Sehmer/Stephanie Simon/Jennifer Ten Elsen/Felix Thiele (Hg.), recht extrem? Dynamiken in zivilgesellschaftlichen Räumen, Wiesbaden: Springer VS.
- Lang, Juliane (2015): »Familie und Vaterland in der Krise. Der extrem rechte Diskurs um Gender«, in: Sabine Hark/Paula-Irene Villa (Hg.), Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, Bielefeld: transcript, S. 167-181.
- Lehnert, Esther (2010): »Angriff auf Gender Mainstreaming und Homo-Lobby – der moderne Rechtsextremismus und seine nationalsozialistischen Bezüge am Beispiel der Geschlechterordnung«, in: Robert Claus/Esther Lehnert/Yves Müller (Hg.), ›Was ein rechter Mann ist...‹. Männlichkeiten im Rechtsextremismus, Berlin: Dietz-

- Verlag, S. 89-108, verfügbar unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Publ-Texte/Texte_68.pdf (letzter Zugriff: 01.11.2021).
- Leitner, Sigrid (2017): »De-Familisierung im Adult Worker Model: Wo bleibt die Sorgearbeit?«, in: Widersprüche: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich 37 (144), S. 55-66.
- Lewis, Jane (2004): »Auf dem Weg zur ›Zwei-Erwerbstätigen-Familie«, in: Sigrid Leitner/Ilona Ostner/Margit Schratzenstaller (Hg.), Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 62-84.
- Reusch, Marie (2018): Emanzipation undenkbar? Mutterschaft und Feminismus, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Sauer, Birgit (2017): »Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus. Zum Erklärungspotenzial der Kategorie Geschlecht«, in: Politische Vierteljahresschrift 58 (1), S. 3-22.
- Siller, Gertrud (1997): Rechtsextremismus bei Frauen. Zusammenhänge zwischen geschlechtsspezifischen Erfahrungen und politischen Orientierungen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/do/08223.pdf> (letzter Zugriff: 01.11.2021).

